16. Wahlperiode

01.07.2014

## Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktion der CDU "Nach dem Orkan "Ela" - Jetzt die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nicht alleine lassen" (Drucksache 16/6086)

Das Land stellt Hilfe für die vom Unwetter am 09. Juni 2014 betroffenen Kommunen sicher – Der Landtag dankt allen Helferinnen und Helfern

## I. Ausgangslage:

Am 09. Juni 2014 wurden weite Bereiche Nordrhein-Westfalens von einem sehr schweren Unwetter heimgesucht. Das Sturmtief "Ela" richtete dabei mit Gewitter, Starkregen und orkanartigen Windgeschwindigkeiten von bis zu 142 km/h massive Schäden an, insbesondere durch umgestürzte Bäume und heruntergefallene Äste. Besonders stark betroffen waren dabei die Region um Düsseldorf sowie große Teile des Ruhrgebiets.

Insgesamt wurden allein bis zum 20. Juni 2014 landesweit mehr als 31.000 unwetterbedingte Einsätze gemeldet und ca. 36.000 Einsatzkräfte der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen, des Technischen Hilfswerks und der Bundeswehr waren im Einsatz.

Besonders tragisch ist, dass durch den Sturm sechs Menschen ihr Leben verloren haben. Zudem wurden während des Unwetters bzw. bei den anschließenden Aufräumarbeiten insgesamt 98 Menschen verletzt. Das Sturmtief führte landesweit zu tagelangen Unterbrechungen und massiven Einschränkungen im Straßen- und Schienenverkehr.

Bereits auf der Kabinettsitzung am 10. Juni 2014 wurde die Einrichtung eines Hilfsfonds für die betroffenen Kommunen beschlossen. Die Möglichkeiten für eine Inanspruchnahme des Europäischen Solidaritätsfonds werden geprüft. Bisher konnten dem Ministerium für Inneres und Kommunales allerdings nur vorläufige Schätzungen mitgeteilt werden und es liegen noch längst nicht alle Schadensmeldungen vor. Bei den gemeldeten Schäden handelt es sich um Beschädigungen an Bäumen und Grünanlagen, an der Verkehrsinfrastruktur (Stra-

Datum des Originals: 01.07.2014/Ausgegeben: 02.07.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

ßen, Gehwege, Ampelanlagen, Straßenbeleuchtung) bzw. an Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs, an städtischen Gebäuden und Grundstücken (Schulen, Kindertagesstätten) sowie am Kanalnetz.

## II. Der Landtag stellt fest:

- a. Das Unwetter vom 09. Juni 2014 hat gezeigt, dass der nordrhein-westfälische Katastrophenschutz in Ausnahmesituationen zu effektiven, kompetenten und schnellen Hilfeleistungen in der Lage ist. Der Landtag bedankt sich bei allen Einsatzkräften aus Feuerwehr, Polizei, Technischen Hilfswerk, Hilfsorganisationen und Bundeswehr sowie bei den zahlreichen freiwilligen Helferinnen und Helfern für ihre aufopferungsvolle und tatkräftige Unterstützung und Hilfe, ohne die das Ausmaß der Schäden noch weitaus höher gewesen wäre.
- b. Angesichts der angespannten Haushaltslage kann das Land nicht umfassend alle Schäden übernehmen, es wird aber im Rahmen der Möglichkeiten die betroffenen Kommunen unterstützen. Die Landesregierung bezieht die betroffenen Kommunen in die Überlegungen zur Ausgestaltung und Umsetzung der Hilfsmaßnahmen mit ein und ist diesbezüglich mit den Oberbürgermeistern und Landräten in den Dialog getreten. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für eine zielgerichtete Verteilung der Hilfen.

## III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag unterstützt die Landesregierung in der Fortsetzung ihrer eingeschlagenen Vorgehensweise bei den Hilfen für die vom Unwetter betroffenen Städte und Gemeinden. Sobald eine belastbare Einschätzung hinsichtlich der Höhe und der Art der entstandenen Schäden möglich ist und die entsprechenden Informationen vorliegen, muss die rasche weitere Umsetzung der bereits beschlossenen Hilfsmaßnahmen erfolgen, damit die versprochene Hilfe zielgerichtet und möglichst unbürokratisch bei den betroffenen Kommunen ankommt.

Norbert Römer Reiner Priggen
Marc Herter Sigrid Beer
Hans-Willi Körfges Mehrdad Mostofizadeh

Michael Hübner Verena Schäffer
Thomas Eiskirch Mario Krüger

Thomas Stotko

und Fraktion und Fraktion